

Dienstag 10. Juli 2012

Nummer 541

[Der Newsletter als PDF](#)

[Die Applikation EUScope](#)



[Die Stiftung auf](#)



Kann die Europäische Union sich zu einer Großmacht entwickeln?



Autor : Maxime Lefebvre

Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht in ihrer Reihe "Questions d'Europe" einen Text von Maxime Lefebvre zum Thema "Großmacht Europa". Die aktuelle Krise führt dazu, dass sich die Europäische Union vermehrt mit Fragen zu ihrer Zukunft beschäftigt. Falls es der Europäischen Union gelingt, in größerer Einigkeit und Solidarität aus der Krise hervorzugehen, könnte sie mit größerem Gewicht auf dem internationalen Parkett agieren. Für das Projekt "Großmacht Europa" darf nach Meinung des Autors nicht vergeblich auf eine komplett vergemeinschaftete außen- und Verteidigungspolitik gesetzt werden. Die Europäische Union kann als Zwischenlösung auf eine Politik des 'smart power' setzen, als Ebene zwischen der 'hard power' (Militärgewalt) und der 'soft power' (Kunst der Überzeugung). Insbesondere erfordert der Weg zu einer "Großmacht Europa" eine gute Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Verantwortlichen in Brüssel.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Haushalt - Fiskalpakt - Frankreich/Deutschland **Finanzkrise** : EZB - Österreich - Irland - Polen - Großbritannien - Italien - Portugal
Kommission : Finanzprodukte - Transport - Betrug **Parlament** : ACTA - Antworten/Krise - Projektbonds - Zugverkehr **Rat** : Derivate **Finnland** : Verteidigung
Frankreich : Deutsch-französische Beziehungen - **Syrien**
Griechenland : Privatisierungen **Ungarn** : Zentralbank **Italien** : Deutschland
Tschechische Republik : Regierung **Rumänien** : Absetzung
Großbritannien : Luftverkehr - Verteidigung **Kosovo** : Souveränität
Ukraine : Justiz/EuGHMR - Politische Krise **CERN** : Higgs-Boson **UNO** : Weißrussland
OSZE : Tagung **NATO** : Ukraine **Veröffentlichungen** : Baltikum
Eurobarometer : Internetsicherheit **Berichte/Studien** : Griechenland - EU/Russland - Schengen - Finanzen **Kultur** : Ausstellung/London - Festival/Österreich - Festival/Avignon - Jazz/Nizza - Festival/Aix - Festspiele/Verona - Ausstellung/Deutschland

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Sechs Monate vor Verabschiedung des mehrjährigen Finanzrahmens

Am 11. Juli veranstaltet die Robert Schuman Stiftung in Brüssel ein



Treffen mit dem Außenminister Zyperns, Andreas Mavroyiannis, und mit Reimer Böge, Abgeordneter des Europäischen Parlaments und Berichterstatter zum mehrjährigen Finanzrahmen der Union. Der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, wird die Diskussion leiten. Die Teilnehmer werden über die aktuellen Herausforderungen bei der Verabschiedung des mehrjährigen Finanzrahmens sprechen und über politische Perspektiven. Der mehrjährige Finanzrahmen soll vor Ende des Jahres während der Ratspräsidentschaft Zyperns verabschiedet werden... [Fortsetzung](#)

Wie funktioniert der europäische Fiskalpakt?



10 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Österreich, Deutschland, Litauen, Lettland, Irland, Dänemark, Rumänien, Slowenien, Portugal und Griechenland) haben den Fiskalpakt bereits ratifiziert. Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht auf ihren Internetseiten eine Übersicht zum aktuellen Stand der Ratifizierungen in den verschiedenen Mitgliedsländern der Union, wie auch Erklärungen zum Inhalt des Fiskalpakts... [Fortsetzung](#)

Frankreich, Deutschland und Sie?



Am 22. Januar 2013 feiern wir den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Elyseevertrags. Franzosen und Deutsche sollen aus diesem Grund die Gelegenheit erhalten, sich dazu zu äußern, wie sie als Bürger die Beziehungen zwischen beiden Ländern erleben und einschätzen. Radio France, Deutschlandradio, ARD, Saarländischer Rundfunk und Arte haben hierzu gemeinsam eine große Umfrageaktion gestartet, die von der Robert Schuman Stiftung (neben weiteren Stiftungen) unterstützt wird. Als deutscher oder französischer Staatsbürger sind Sie herzlich eingeladen, die 26 Fragen der Umfrageaktion zu beantworten und Ihre persönliche Einschätzung zu den deutsch-französischen Beziehungen mitzuteilen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Finanzkrise :

EZB senkt Leitzins



Am 5. Juli 2012 gab der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, bekannt, dass der EZB-Rat entschieden habe, den Leitzins von 1% auf 0,75% zu senken. Hierbei handelt es sich um den niedrigsten Leitzins seit seiner Einführung. Die Absenkung soll das aktuell schwache Wachstum in Europa fördern bei gleichzeitiger Beachtung der Vermeidung von Inflation, wobei dies das oberste Ziel der EZB ist. Mario Draghi erklärte darüber hinaus die Unterstützung der EZB für die zuletzt von der Europäischen Union getroffenen Entscheidungen, insbesondere in Bezug auf die Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion und auf die Schaffung eines einheitlichen Finanzsystems... [Fortsetzung](#)

Österreichisches Parlament stimmt für ESM und Fiskalpakt



Am 4. Juli stimmten die Abgeordneten des österreichischen Parlaments für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und für den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalpakt). Für die Verabschiedung des ESM war eine 2/3-Mehrheit notwendig, die mit den Stimmen der Grünen, der Sozialdemokraten und der Konservativen erreicht wurde. 126 der 183 Abgeordneten stimmten für den ESM, 53 dagegen. Für den Fiskalpakt stimmten 103 Abgeordnete, es gab 60 Nein-Stimmen. Zur Erläuterung des Fiskalpakts bietet die Robert Schuman Stiftung auf ihren Internetseiten Erklärungen zum Vertragsinhalt, wie auch eine Übersichtstabelle über den Stand der Ratifizierungen in den einzelnen Mitgliedstaaten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Arbeitslosigkeit in Irland bei 14,9% im Juni 2012

Am 4. Juli 2012 gab das Central Statistics Office (CSO), das nationale Statistikbüro in Irland, bekannt, dass die Arbeitslosigkeit in Irland im Juni 2012 bei 14,9% lag mit insgesamt 451 974 Arbeitslosen. Das



Statistikbüro war bereits zuvor in seinen Vorhersagen für Juni von einem Anstieg von 14,3% auf 14,7% ausgegangen. Trotz dieses Anstiegs begrüßte der Internationale Währungsfonds (IWF) die Reformen, die das Land in die Wege geleitet hat... [Fortsetzung](#)

Rückgang der Arbeitslosigkeit in Polen



Am 5. Juli 2012 veröffentlichte der polnische Arbeitsminister Wladyslaw Kosiniak-Kamysz die aktuellen Arbeitslosenzahlen für Polen für Juni 2012. Insgesamt gab es im Juni 1,97 Millionen Arbeitslose, so dass der Abwärtstrend der letzten Monate weiter anhält. Die Arbeitslosenquote beträgt 12,4% (gegenüber 12,6% im Mai und 12,9% im April). Trotz der guten Aussichten liegt die aktuelle Arbeitslosigkeit höher als 2011, wo sie im Juni lediglich 11,8% betrug... [Fortsetzung](#)

Bank of England schüttet 50 Milliarden Pfund aus



Am 5. Juli 2012 gab die Bank of England bekannt, dass sie 50 Milliarden Pfund für die britische Wirtschaft ausschütten wird (62,2 Milliarden Euro). Diese Summe ist Teil des Unterstützungsprogramms für die Wirtschaft des Landes, das nunmehr insgesamt einen Umfang von 375 Milliarden Pfund hat. Der Leitzins in Höhe von 0,5% blieb unverändert... [Fortsetzung](#)

Einsparungen in Höhe von 26 Milliarden Euro innerhalb von 3 Jahren



Am 6. Juli 2012 verabschiedete die italienische Regierung einen Sparplan, der Einsparungen in Höhe von 26 Milliarden Euro für die kommenden drei Jahre vorsieht. Regierungschef Mario Monti unterzeichnete darüber hinaus eine Verordnung, die einen vorübergehenden Einstellungsstopp für Beamte und eine Verringerung der Zahl an hohen Beamten vorsieht. Die Regierung gab bekannt, dass es bis Juni 2013 keine Steuererhöhungen geben soll und dass sie "die exzessiven Ausgaben reduzieren will, ohne die Qualität der Dienstleistungen zu beeinträchtigen"... [Fortsetzung](#)

Anstrengungen auf alle Schultern verteilen



Das portugiesische Verfassungsgericht entschied am 5. Juli, dass die Abschaffung des 13. und 14. Monatsgehalts der portugiesischen Beamten und der Rentner, eines der Hauptbausteine der Sparpolitik des Landes, das bereits internationale Hilfe in Anspruch nimmt, gegen die Verfassung verstößt. Die Einschnitte verletzen laut Urteil das Gleichheitsprinzip, das in der portugiesischen Verfassung verankert ist, da sie den Beamten und den Rentnern ein zusätzliches Opfer abforderten, das von den übrigen Bürgern nicht verlangt würde. Die portugiesische Regierung reagierte auf das Urteil mit der Ankündigung, dass die einzig mögliche Konsequenz sei, die Einschnitte bei allen Bürgern vorzunehmen. "Die einzige Lösung auf dem Weg zur Haushaltssanierung und zur Einhaltung der Zusagen Portugals ist, dass die Maßnahmen auf andere ausgeweitet werden", erklärte die portugiesische Regierung... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Mehr Verbraucherschutz bei Finanzprodukten



Am 3. Juli 2012 hat die Europäische Kommission eine neue Regelung vorgeschlagen, um den Verbraucherschutz bei Finanzprodukten zu erhöhen. Die Krise hat das Misstrauen der Verbraucher weiter erhöht und die Kommission musste erkennen, dass die verkauften Produkte oft nicht den Wünschen der Verbraucher entsprechen. Der Regelungsvorschlag beinhaltet unter anderem die Verpflichtung zur Vorlage von Dokumenten, die notwendige Informationen enthalten müssen, wie auch die Stärkung der Rechte von Käufern von Investmentfonds. Nach Aussage Michel

Barniers, europäischer Kommissar für Binnenmarkt, stellte dieses Regelungspaket den Verbraucher in den Mittelpunkt, damit dieser "aufgrund von klaren und vertrauenswürdigen Informationen ein Produkt auswählen kann"... [Fortsetzung](#)

Passagierrechte: Neue Smartphone-App zur Wahrnehmung der eigenen Rechte



Mit Beginn der Feriensaison startet die Europäische Kommission eine neue Smartphone-App, um Reisende besser über ihre Rechte zu informieren im Falle von Flugausfällen, Verspätungen oder Änderung der Flugzeiten. Die App funktioniert auf 4 unterschiedlichen Plattformen: iPhone und iPad von Apple, Android von Google, Blackberry von RIM und Windows Phone 7 von Microsoft. Sie ist in 22 Sprachen der Europäischen Union verfügbar und betrifft den Flug- und Zugverkehr. Die App erläutert die Passagierrechte im Falle von allen denkbaren Problemen, die während der Reise auftreten können. Im Falle eines annullierten Fluges können Sie zum Beispiel je nach Einzelfall eine Entschädigung zwischen 125 und 600 EUR verlangen. Die App informiert Sie auch darüber, bei wem Sie sich beschweren können, falls Ihre Passagierrechte missachtet wurden... [Fortsetzung](#)

Jahresbericht des Europäischen Amts für Betrugsbekämpfung OLAF



Am 3. Juli 2012 veröffentlichte das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung OLAF seinen Jahresbericht für 2011. Im Jahr 2011 gab es entsprechend des Berichts 463 Betrugsfälle im Umfang von insgesamt 691 Millionen Euro und Strafmandaten in Höhe von insgesamt 511 Jahren Haft. Der Aufklärung durch OLAF kommt aufgrund der aktuellen Krise besondere Bedeutung zu. Der Bericht zählt Betrugsfälle auf, durch die der europäische Haushalt geschädigt wurde (zum Beispiel Schmuggel von Biodiesel oder die missbräuchliche Verwendung von Geldern aus europäischen Strukturfonds). Durch die Aufdeckung eines Betrugs im Zusammenhang mit Geldern aus europäischen Strukturfonds durch die italienischen Behörden konnten 382 Millionen Euro gerettet werden... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Europäisches Parlament stimmt gegen ACTA



Am 4. Juli 2012 stimmten die europäischen Abgeordneten mit 478 Stimmen bei 39 Gegenstimmen und 165 Enthaltungen gegen das "Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA)", das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen, das zwischen der Europäischen Union und 10 anderen Staaten, darunter die USA, Japan, Kanada, Australien, Südkorea, Marokko und Mexiko, ausgehandelt worden war und das auf internationaler Ebene den Kampf gegen Produktpiraterie voranbringen sollte. Es ist das erste Mal, dass das Europäische Parlament sich gegen eine internationale Handelsvereinbarung stellt. Weder die Europäische Union, noch einzelne Mitgliedsländer können dem Abkommen jetzt beitreten. Berichterstatter David Martin (Sozialdemokrat, GB) hatte zur Ablehnung von ACTA aufgerufen, aufgrund der Gefahren für die Grundfreiheiten der Bürger, obwohl neue Regelungen notwendig sind, um die geistigen Eigentumsrechte besser zu schützen... [Fortsetzung](#)

Europäisches Parlament verlangt konkrete Vorschläge "vor September"



In einer Resolution, die die europäischen Abgeordneten am 4. Juli 2012 mit 501 gegen 132 Stimmen bei 38 Enthaltungen verabschiedeten, wird der europäische Rat aufgefordert, dringend die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um einen Ausweg aus der Krise zu finden. In der Resolution betonen die Abgeordneten, dass ein wichtiger Schritt in Richtung Bankenunion unternommen worden sei. Sie fordern jedoch darüber hinaus die Kommission auf, "vor September" konkrete Vorschläge zu präsentieren, wie die Wirtschafts- und Währungsunion weiter gestärkt werden kann. Die Abgeordneten halten den Bericht Herman Van Rompuys laut Resolution für eine gute Grundlage. Sie betonen jedoch, dass nicht nur die europäischen Institutionen, sondern auch die nationalen Parlamente, die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft einbezogen werden müsse... [Fortsetzung](#)

Start der Pilotphase für "Projektbonds"



Am 4. Juli 2012 stimmten die europäischen Abgeordneten mit 579 gegen 32 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) für den Start der Pilotphase für sogenannte "Projektbonds". Es handelt sich hierbei um Kredite, die von der Europäischen Investitionsbank vergeben werden und über die große Infrastrukturprojekte finanziert werden sollen. Nach Schätzungen der Kommission können mit Krediten in Höhe von 230 Millionen Euro, die aus Umschichtungen innerhalb des europäischen Haushalts gewonnen werden können, "Projektbonds" finanziert werden, die Investitionen aus dem Privatsektor in Höhe von bis zu 4,3 Milliarden Euro mobilisieren sollen... [Fortsetzung](#)

Einheitlicher Europäischer Eisenbahnraum



Am 3. Juli 2012 verabschiedeten die Europäischen Abgeordneten eine Resolution zur Erweiterung des Angebots und zur Verbesserung der Qualität im Frachtverkehr und für den internationalen Reiseverkehr. Die Resolution enthält die Verpflichtung zur betriebswirtschaftlichen Trennung zwischen Infrastrukturbetreiber und Nutzung des Netzes, um den Wettbewerb zu fördern. Nationale und unabhängige Aufsichtsbehörden sollen die Einhaltung der Wettbewerbsregeln überwachen. Der Text enthält darüber hinaus Vorschläge für Maßnahmen zur Modernisierung der Züge, um diese sicherer und leiser zu machen. Der Text soll bis Dezember vom Rat verabschiedet werden. Auch die Europäische Kommission wird demnächst einen Vorschlag für eine Liberalisierung des Zugverkehrs für den internationalen Reiseverkehr vorlegen... [Fortsetzung](#)

Rat :

Mehr Transparenz auf dem Derivatemarkt



Am 4. Juli 2012 erklärte der Rat seine Zustimmung bezüglich aller Änderungen, die das Europäische Parlament in Bezug auf die Regelung zur Erhöhung der Transparenz im Derivatehandel vorgenommen hat. Die Regelung sieht unter anderem vor, dass sämtliche Derivatverträge zentralen Datenbanken oder "Transaktionsregistern" gemeldet werden müssen, die Informationen zur Gesamtposition von Derivatklassen veröffentlichen, um den Marktakteuren einen klareren Überblick zu verschaffen. Die europäische Wertpapieraufsichtsbehörde ESMA soll die Einhaltung der neuen Vorgaben überwachen. Der Text soll Ende 2012 in Kraft treten... [Fortsetzung](#)

Finnland :

Neuer Verteidigungsminister



Der Vorsitzende der Partei der Schwedischen Minderheit in Finnland, Carl Haglund, übernahm am 5. Juli das Amt des Verteidigungsministers. Er ist Nachfolger von Stefan Wallin, der zurückgetreten war. Carl Haglund war seit 2009 europäischer Abgeordneter; er wird mit 33 Jahren das jüngste Kabinettsmitglied in der finnischen Regierung unter Jyrki Katainen... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Gedenkfeier zur deutsch-französischen Versöhnung



Der französische Präsident François Hollande und Bundeskanzlerin Angela Merkel trafen sich am 8. Juli 2012 in Reims, um an der Gedenkfeier zu Ehren des 50. Jahrestages der deutsch-französischen Versöhnung teilzunehmen. 50 Jahre nach dem Treffen zwischen General Charles de Gaulle und Bundeskanzler Konrad Adenauer in der gleichen Stadt riefen beide Staatsführer zu einer Stärkung der Freundschaftsbande zwischen beiden Ländern auf. "Unsere Freundschaft ist ein Modell für Europa. Wir wollen keine Lehren erteilen. Wir möchten ganz einfach ein gutes Beispiel abgeben", sagte François Hollande. Angela Merkel betonte, dass "Europa viel mehr ist als eine Währung". Die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich sei essentieller Bestandteil, sie habe die Einigung Europas sehr stark geprägt und voran gebracht. Die Bundeskanzlerin fügte hinzu: "Es handelt sich nicht um eine exklusive Beziehung, jeder ist eingeladen, sich anzuschließen"... [Fortsetzung](#)

3. Konferenz der "Freunde des syrischen Volkes"



Die "Freunde des syrischen Volkes", eine Gruppe von hundert Staaten und mehreren Vertretern der syrischen Opposition, trafen sich am 6. Juli 2012 in Paris. Die Teilnehmer riefen das syrische Regime dazu auf, seinen Verpflichtungen aus dem 6-Punkte-Plan von Kofi Annan, dem Sondergesandten der Vereinten Nationen und der Arabischen Liga, nachzukommen. Sie riefen auch alle syrischen Bürger und alle Organisationen der Zivilgesellschaft dazu auf, sich öffentlich von Menschenrechtsverletzungen durch das syrische Regime zu distanzieren. Russland und China, ständige Mitglieder des Sicherheitsrats der UNO, boykottierten die Versammlung, da sie gegen eine erzwungene Absetzung des syrischen Präsidenten sind... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Antonis Samaras gewinnt Vertrauensabstimmung im Parlament



Am 6. Juli 2012 erklärte der griechische Premierminister Antonis Samaras in einer Regierungserklärung vor dem griechischen Parlament, dass er versuchen wird, seine europäischen Partner zu überzeugen, Maßnahmen zur Ankurbelung des Wachstums Vorrang einzuräumen vor der Einhaltung der Sparvorgaben, so dass Griechenland zwei Jahre mehr Zeit erhält zur Sanierung seines Haushalts, wobei im Gegenzug Privatisierungen beschleunigt werden sollen. Samaras sagte: "Wir bitten um zwei Jahre mehr Zeit zur Sanierung des Haushalts", wobei ursprünglich ein Zeitraum bis Ende 2014 vorgesehen war. Als Gegenleistung kündigte Samaras 9 "Sofortmaßnahmen" an, die Privatisierungen beschleunigen sollen. Darüber hinaus soll es eine Steueramnestie für diejenigen geben, die ins Ausland verschobene Gelder wieder zurück transferieren, wobei die Notwendigkeit der Liquidität für das Land betont wurde. Regierungschef Samaras gewann am 8. Juli eine Vertrauensabstimmung im Parlament, bei der ihm 179 der 300 Abgeordneten ihr Vertrauen aussprachen... [Fortsetzung](#)

Ungarn :

Gesetz über ungarische Zentralbank verabschiedet



Am 6. Juli 2012 verabschiedete das ungarische Parlament die Endfassung des Gesetzes zur ungarischen Zentralbank. Das Gesetz hatte bei IWF und EZB Besorgnis hervorgerufen und es waren umfangreiche Änderungen erforderlich, bevor Ungarn die Zustimmung zur Auszahlung von Hilfszahlungen im Umfang von 15 Milliarden Euro erhielt. Die konservative Partei des ungarischen Premierministers Viktor Orban verfügte über eine ausreichend große Mehrheit, um das Gesetz mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit zu verabschieden. 283 Abgeordnete stimmten für das Gesetz, 30 stimmten dagegen und es gab 3 Enthaltungen... [Fortsetzung](#)

Italien :

Deutsch-Italienische Regierungskonsultationen



Bundeschkanzlerin Angela Merkel und der italienische Regierungschef Mario Monti, wie auch die Außenminister und weitere Minister beider Länder trafen sich am 4. Juli 2012 zu Regierungskonsultationen in Rom. Auf dem Treffen sollten unter anderem Meinungsverschiedenheiten, die auf dem Europäischen Gipfeltreffen in Brüssel aufgetreten waren, ausgeräumt werden. Die Bundeskanzlerin betonte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass sich Italien und Deutschland sehr gut verstehen würden und dass beide Länder "eine für alle akzeptable Lösung gefunden haben". Sie fügte hinzu, dass "wir eine schwierige Zeit durchleben, aber wir wollen die Schwierigkeiten gemeinsam überwinden"... [Fortsetzung](#)

Tschechische Republik :

Neuer Justizminister in Tschechien

Pavel Blažek, Vizepräsident der Partei der Bürgerlichen Demokraten (ODS) des tschechischen Premierministers Petr Necas, wurde am 3. Juli 2012 zum neuen Justizminister Tschechiens nominiert. Sein Vorgänger



Jiri Pospisil wurde vom Regierungschef des Amtes enthoben. Hauptaufgaben des neuen Justizministers dürften die Justizreform und eine Senkung der Ausgaben innerhalb des Justizressorts sein... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Parlament setzt rumänischen Präsidenten ab



Am 6. Juli 2012 stimmten die rumänischen Abgeordneten mehrheitlich für die Absetzung des rumänischen Präsidenten Traian Basescu. 256 von insgesamt 432 Abgeordneten stimmten für die Absetzung. Die Entscheidung wird erst endgültig, falls sie per Referendum bestätigt wird; das Referendum ist für den 29. Juli vorgesehen. In der Zwischenzeit wird der Präsident des Senats, Crin Antonescu (Vorsitzender der sozial-liberalen Fraktion), das Amt des Präsidenten übernehmen. Aufgrund der Besorgnis der Europäischen Kommission angesichts der Stabilität des Landes sagte der ungarische Premierminister Victor Ponta, dass die europäischen Partner sicher sein könnten, dass Rumänien ein "Rechtsstaat" bleibe, der den "europäischen Standards" entsprechen würde... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Flugmesse Farnborough



Die Flugmesse Farnborough hat am 9. Juli begonnen. Der amerikanische Flugzeugbauer Boeing wird voraussichtlich zahlreiche Verträge zum Verkauf seines neuen Produkts 737 MAX abschließen. Airbus dürfte weniger präsent sein, wobei der europäische Konkurrent von Boeing letzte Woche ankündigte, dass er in Alabama in den USA ein neues Produktionswerk eröffnen will... [Fortsetzung](#)

Drastische Ausgabenreduzierung für die britische Armee



Der britische Verteidigungsminister Philip Hammond gab am 5. Juli 2012 vor den Abgeordneten des britischen Parlaments Details bekannt zu den geplanten Kostensenkungen in der britischen Armee, die unter anderem durch einen Personalabbau in Höhe von 20% bis 2020 erreicht werden sollen und durch die Streichung von 17 Einheiten. Durch die geplanten Streichungen, die im Rahmen des Programms "Strategische Revision im Sicherheits- und Verteidigungssektor" vorgesehen sind, sinkt die Truppenstärke der britischen Armee auf den tiefsten Stand seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Der Minister betonte, dass die Kürzungen "schwierig" seien und in den betroffenen Einheiten "schlecht ankommen" würden, dass sie jedoch "gerecht und ausgewogen" seien. Er betonte, dass der Plan so konzipiert sei, dass die Auswirkungen der Einsparungen so gering wie möglich sind und die Effizienz der Armee so weit wie möglich gesteigert würde... [Fortsetzung](#)

Kosovo :

Kosovo soll 2012 vollständige Souveränität erlangen



Am 2. Juli 2012 gab die "International Steering Group (ISG)" in einer Pressemitteilung bekannt, dass der Kosovo im September 2012 seine vollständige Souveränität erlangen soll. Die Entscheidung, die seit Januar 2012 diskutiert wurde, wurde für September 2012 getroffen, so dass der Regierung des Kosovo noch ausreichend Zeit bleibt, um notwendige Gesetze zu verabschieden. Der Premierminister des Kosovo, Hashim Thaçi, sagte, dass für sein Land "eine neue Etappe" beginnen würde. Die Ankündigung der Souveränität für den Kosovo bedeutet zugleich das Ende der Mission der ISG, die aus 25 Ländern besteht und seit dem 17. Februar 2008 die Unabhängigkeit des Kosovo unterstützt hat... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

EuGHMR-Urteil: Gefangenschaft des ehemaligen Ministers Lutsenko ist rechtswidrig



Am 3. Juli urteilte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EuGHMR) in dem Verfahren Lutsenko gegen die Ukraine, dass die Inhaftierung Lutsenkos, der einer der Hauptführer der Opposition ist, willkürlich sei und dass es keine rechtmäßige Überprüfung seiner Gefangenschaft gegeben habe... [Fortsetzung](#)

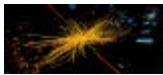
Ukraine: Gesetz zur russischen Sprache provoziert politische Krise



Am 4. Juli 2012 versammelten sich über Tausend Demonstranten, die dem Aufruf der Opposition folgten, insbesondere dem der ehemaligen Premierministerin Julia Timoschenko, um gegen die endgültige Verabschiedung des Gesetzes über die russische Sprache am 3. Juli 2012 zu protestieren. Das Gesetz war am 3. Juli mit 248 von insgesamt 450 Stimmen angenommen worden. Der Protest war so stark, dass der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch am gleichen Tag die Fraktionsvorsitzenden kontaktierte, um über Maßnahmen zu diskutieren, wie der Streit beigelegt werden könnte. Das Gesetz war von Beginn an umstritten, da es die russische Sprache zur 2. offiziellen Landessprache macht. Das ukrainische Parlament hat weitere Konsultationen auf die Zeit nach dem 4. September verschoben. "Das Gesetz kann nicht vom Präsidenten unterzeichnet werden, da es eine Vielzahl von Verfahrensverstößen während seiner Verabschiedung gab" erklärte der ukrainische Parlamentspräsident V. Litvin in einem Interview... [Fortsetzung](#)

CERN :

Entdeckung des Elementarteilchens Higgs-Boson



Am 4. Juli gaben Physiker des europäischen Kernforschungszentrums CERN bekannt, dass sie ein neues Elementarteilchen namens Higgs-Boson entdeckt haben. Dieses Teilchen ist nach dem britischen Physiker Peter Higgs benannt, der es bereits 1964 gemeinsam mit François Englert und Robert Brout erforscht und vorhergesagt hat. Das Feld des Higgs-Teilchens sorgt dafür, dass andere Teilchen eine Masse haben. Die Entdeckung des Teilchens ist eine Sensation, die unser Verständnis des Universums stark beeinflussen wird... [Fortsetzung](#)

UNO :

Neuer UN-Sonderbeauftragter für Weißrussland



Am 5. Juli 2012 entschied der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen, einen neuen Sonderbeauftragten zur Überwachung der Menschenrechtssituation in Weißrussland zu bestimmen. Die Entscheidung beruht auf einem Vorschlag der Europäischen Union. Der Sonderbeauftragte soll Empfehlungen abgeben im Hinblick auf eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Weißrussland abgeben. Der UN-Menschenrechtsausschuss äußerte seine Besorgnis insbesondere angesichts der Einschränkung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, wie auch der Beschränkung der Medienfreiheit und angesichts der Vorwürfe von Folter und schlechter Behandlung während der Untersuchungshaft und Gewalt und Nötigung gegenüber Vereinen und Organisationen der Zivilgesellschaft. Weißrussland gab bekannt, dass es das Mandat des Sonderbeauftragten nicht akzeptiere und nicht mit ihm kooperieren wird... [Fortsetzung](#)

OSZE :

21. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE



Vom 5. - 9. Juli traf sich die Parlamentarische Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu ihrer 21. Jahrestagung. Im Mittelpunkt stand das Thema Menschenrechte. Am 8. Juli diskutierten die Teilnehmer über das iranische Nuklearprogramm. Der Vorschlag, die Partnerschaft mit Nicht-Mitgliedern aus dem Mittelmeerraum um Palästina zu erweitern, wurde nach lebhafter Debatte mit 28 gegen 22 Stimmen abgelehnt (bei 7 Enthaltungen). Darüber hinaus wurde eine Resolution verabschiedet, die ein Verbot der Visaerteilung und ein Einfrieren von Hilfszahlungen an Staaten vorsieht, die die Menschenrechte missachten... [Fortsetzung](#)

NATO :

Vorsitzender der Parlamentarischen Versammlung der NATO in der Ukraine



Am 3. und 4. Juli 2012 reiste der Vorsitzende der Parlamentarischen Versammlung der NATO, Karl Lamers (CDU), in die Ukraine, um dort mit den Verantwortlichen Gespräche zu führen über die Situation im Land und über die Inhaftierung von politischen Verantwortlichen. Karl Lamers besuchte auch Julia Timoschenko. Er betonte, dass sicher gestellt werden müsse, dass die Rechte der ehemaligen Premierministerin der Ukraine, aber auch die der übrigen Inhaftierten wie Juri Lutsenko, der ehemalige Innenminister und Valery Iwaschenko, der ehemalige Verteidigungsminister, respektiert werden und dass eine angemessene Behandlung und Gesundheitsversorgung garantiert werden müsse. Karl Lamers äußerte seine Besorgnis angesichts der ukrainischen Justiz und der fehlenden Unabhängigkeit der Richter... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Veröffentlichungen :

Länder des Baltikums im Übergang



Im Verlag "Peter Lang" (Internationaler Verlag der Wissenschaften) veröffentlichen Céline Bayou und Matthieu Chillaud als Herausgeber eine neue Publikation unter dem Titel "Les Etats baltes en transition - le retour à l'Europe" ("Die Länder des Baltikums im Übergang - die Rückkehr nach Europa"). Das Buch wurde von der Robert Schuman Stiftung gefördert und enthält ein Vorwort des Präsidenten der Stiftung, Jean-Dominique Giuliani... [Fortsetzung](#)

Eurobarometer :

Europäer sorgen sich über Sicherheit im Internet



Nach einer aktuellen Umfrage, die Eurobarometer am 9. Juli veröffentlichte, vermeiden 89% der Internetnutzer der Europäischen Union die Angabe persönlicher Daten im Internet und 74% gehen davon aus, dass das Risiko, Opfer eines Betrugs im Internet zu werden, in den letzten Jahren zugenommen hat. 12% der Internetnutzer in der Europäischen Union sind bereits Opfer eines Internetbetrugs geworden und 8% Opfer von der unbefugten Aneignung ihrer persönlichen Daten. Trotz verbreiteter Sorgen und eines Anstiegs der Betrugszahlen haben 53% der Internetnutzer im vergangenen Jahr keines ihrer Passwörter geändert... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

"A new approach in and for Greece"



Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) veröffentlicht eine Studie von Daniela Schwarzer mit dem Titel "A new approach in and for Greece" ("Ein neuer Ansatz in und für Griechenland"), in der die Autorin die Situation in Griechenland nach den zurückliegenden Parlamentswahlen analysiert. Die Studie enthält Empfehlungen für wirtschaftliche Reformen und für eine Stärkung der lokalen Verwaltungen... [Fortsetzung](#)

Partnerschaft EU-Russland: komplizierte Beziehungen



Die Stiftung für Internationale Beziehungen und außenpolitischen Dialog (FRIDE) veröffentlicht zwei Studien zu den Beziehungen zwischen der Europäischen Union und Russland. Die erste Studie analysiert den Gipfel von Sankt Petersburg im Juni 2012. Auf dem Gipfeltreffen gab es zaghafte Annäherungen, wobei die schwierigen Beziehungen auf gegenseitigem Misstrauen und unterschiedlichen Prioritäten und Taktiken beruhen. Die zweite Studie analysiert den neuen Kontext, in dem sich die Partnerschaft entwickelt (Rückkehr von Wladimir Putin als Regierungschef und Wirtschaftskrise in der Europäischen Union). Der neue Kontext führt nach Meinung des Autors dazu, dass kurzfristigen wirtschaftlichen Vorteilen Priorität eingeräumt wird gegenüber politischen langfristigen Lösungen, wodurch sich die Beziehungen weiter verkomplizieren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Schengen und die Solidarität: das zerbrechliche Gleichgewicht zwischen gegenseitigem Vertrauen und Misstrauen



Das European Policy Centre veröffentlicht eine Studie von Yves Pascouau über den Schengenraum. Als Folge des Arabischen Frühlings kamen viele Tunesier an die italienische Küste und Italien, das von der Europäischen Union nicht die erhoffte Unterstützung erhielt, wandte sich an Frankreich, das sich dazu entschloss, vorübergehend verstärkte Grenzkontrollen im Schengenraum einzuführen. Diese Reaktion stieß bei Cecilia Malmström, Kommissarin für Innere Angelegenheiten, auf Widerspruch. Nach Meinung des Autors waren die Grenzkontrollen ein Schutzreflex und ein Ruf nach Solidarität. Für den Autor handelt es sich bei den Reaktionen auf den Arabischen Frühling in Bezug auf die Einschränkungen der Bewegungsfreiheit um ein Beispiel, das auch andere Bereiche betrifft. Der Autor kommt in seiner Analyse zu dem Schluss, dass der Schengenraum trotz aller Schwierigkeiten weiter bestehen bleiben wird... [Fortsetzung](#)

Vorschläge zur Regulierung von Anlageprodukten für Kleinanleger



Die Cicero-Gruppe veröffentlichte am 3. Juli 2012 einen Bericht, der Vorschläge für die Europäische Kommission enthält zur Regulierung von Anlageprodukten für Kleinanleger, um diesen den Zugang zu den Finanzmärkten zu erleichtern. Entsprechend der Vorschläge soll ein Dokument mit den wichtigsten Informationen erstellt werden, das den Kleinanlegern ausgehändigt werden muss, falls diese die Anlage tätigen wollen. Es handelt sich um das erste von drei Gesetzesvorhaben, das die Kommission am 3. Juli verabschiedete und die alle zum Ziel haben, den Verbraucherschutz an den Finanzmärkten zu erhöhen... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Mein Name ist Bond, James Bond.



Bis zum 5. September 2012 widmet das Barbican Centre in London dem berühmtesten Agenten Großbritanniens eine Ausstellung: James Bond. Die Ausstellung mit dem Titel "Designing 007 - Fifty years of Bond Style" zeigt Details aus zahlreichen Abenteuern des Spitzenagenten, wie Kleider von 007 oder der Bond Girls, Spielereien und Möbelstücke... [Fortsetzung](#)

Tiroler Festspiele in Erl in Österreich



Bis zum 29. Juli werden in Erl (in Österreich) die Tiroler Festspiele stattfinden, die in einem idyllischen Rahmen Opern, Konzerte und Kammermusik präsentieren. Die Festspiele wurden von dem Regisseur und Dirigenten Gustav Kuhn gegründet und locken jedes Jahr Musikliebhaber aus der ganzen Welt an. Dieses Jahr stehen unter anderem Wagner, Puccini, Beethoven und Händel auf dem Programm... [Fortsetzung](#)

66. Theaterfestival in Avignon



Avignon veranstaltet auch dieses Jahr sein berühmtes Theaterfestival - bis zum 28. Juli werden über 40 Stücke in insgesamt über 300 Aufführungen gezeigt. Als Rahmenprogramm werden Treffen mit den Künstlern des Festivals angeboten, Filmvorführungen und Ausstellungen. Künstlerischer Berater des Festivals ist in diesem Jahr der britische Schauspieler und Regisseur Simon McBurney...

[Fortsetzung](#)

Jazzfestival in Nizza



Bis zum 12. Juli 2012 findet zum 19. Mal das Nizza Jazzfestival statt, diesmal unter der Schirmherrschaft von Dee Dee Bridgewater. Dieses Jahr werden unter anderem Stars wie Herbie Hancock, Ron Carter und Ahmad Jamal (neben vielen anderen) zu sehen und zu hören sein. Neben der belgischen Sängerin Selah Sue werden auch einige französische Jazzkünstler erwartet, wie auch der neue Star unter den

Jazzsängern, Gregory Porter. Darüber hinaus werden Thomas Dutronc und Emir Kusturica auftreten... [Fortsetzung](#)

Internationales Gesangsfestival in Aix-en-Provence



Bis zum 27. Juli 2012 findet in Aix-en-Provence eines der bekanntesten europäischen Gesangsfestivals statt, das jedes Jahr Anziehungspunkt für Sänger, Dirigenten und Regisseure ist. Dieses Jahr werden unter anderem "Les Nozze de Figaro" und "La Finta Giardiniera" von Mozart präsentiert, wie auch "David et Jonathas" von Marc-Antoine Charpentier. Musik- und Opernfreunde werden auch in den Genuss von Werken von Maurice Ravel oder Rossini kommen können. Parallel zum Festival gibt es ein Begleitprogramm, das in der gesamten Stadt junge Talente, Weltmusik und Jazz präsentiert... [Fortsetzung](#)

Opernfestspiele Arena von Verona



Bis zum 2. September finden dieses Jahr bereits zum 90. Mal die Opernfestspiele in der Arena von Verona statt. Zahlreiche bekannte Opern werden aufgeführt werden, darunter Meisterwerke wie "Die Hochzeit des Figaro" von Mozart, "Tosca" von Puccini und "Carmen" von Bizet.... [Fortsetzung](#)

Schätze des Goethe- und Schiller-Archivs"



Zur Feier der Wiedereröffnung des Goethe- und Schillerarchivs in Weimar nach zweijähriger Renovierungsphase präsentiert die 'Klassik Stiftung Weimar' eine Sonderausstellung mit dem Titel "Schätze des Goethe- und Schiller-Archivs". Zu sehen sind unter anderem Originalhandschriften von Goethe, Schiller, Herder und Wieland, wie auch Briefe von Mozart und Beethoven. Die Ausstellung ist bis zum 28. September geöffnet... [Fortsetzung](#)

Agenda :



9. Juli
Brüssel
Treffen der Eurogruppe (Finanzminister der Eurozone)



10. Juli
Brüssel
Ratstreffen "Wirtschaft und Finanzen"

Nikosia
Informelles Treffen der Gesundheitsminister



11. Juli
Brüssel
Konferenz zum mehrjährigen Finanzrahmen



12. Juli
Nikosia
Informelles Treffen der Minister für Arbeit und Sozialpolitik



16. und 17. Juli
Brüssel
Ratstreffen "Landwirtschaft und Fischerei"

Nikosia
Informelles Treffen der Minister für Verkehr und Telekommunikation

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftun

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Perle Baillard, Fabrice Laffargue, Mélanie Laplace, Camille Stephan.

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}